

Banges Warten auf den Staatsanwalt

SONDERZAHLUNGEN Ein schicksalhafter Juli für Bambergs OB Andreas Starke (SPD). Der wegen der Boni-Affäre bedrängte Verwaltungschef steht vor vielen Problemen. Eines davon: Ende des Monats will die Staatsanwaltschaft den Schleier lüften, der über möglichen strafrechtlichen Folgen der Rathaus-Affäre liegt.

VORBEREITUNG: MICHAEL WEINER

Bamberg - Es ist Sommer Nummer 17, seit Andreas Starke (SPD) die Amtsgeschäfte des Bamberger Oberbürgermeisters übernommen hat, und manches spricht dafür, dass es ein besonders heißer wird. Gute Nachrichten wie der Verkauf des Atriums an ein Familienunternehmen sind zuletzt eher zur Ausnahme geworden. Klaus Stieringer, Starkes langjähriger Vertreter, lässt die SPD in einem zweifelhaften Licht erscheinen. Der löbliche Versuch, die grassierende Vermehrung der Ferienwohnungen zu beenden – gestoppt durch eine erfolgreiche Normenkontrollklage der Bamberger Kanzlei Schell, Müller, Peetz/ Starkes Verwaltung stolpert, so scheint es, von einem verlorenen Prozess zum nächsten, da verschiebt die Staatsanwaltschaft Hof ein weiteres Mal den Abschluss der Ermittlungen in der Boni-Affäre.

„Aufgrund des derzeitigen Ermittlungsstands ist für voraussichtlich Ende Juli eine Presseerklärung geplant.“

ANDREAS CANTZLER
Oberstaatsanwalt

Haben die Sonderzahlungen, die über viele Jahre hinweg unrechtmäßig an einen kleinen Kreis von Mitarbeitern geflossen sind, wie vom Prüfungsverband und der Regierung angeprangert, am Ende auch strafrechtliche Konsequenzen? Diese Frage ist unbeantwortet, seit vor eineinhalb Jahren bekannt wurde, wie im Bamberger Rathaus unter Starke zugelagt und welches System von Gratifikationen dort etabliert worden war. Überstunden, die auch an Kranke ausbezahlt wurden, an die Inflation angepasste dynamisierte monatliche Zuschläge, vor-

gezogene Beförderungen, obligatorische Leistungsprämien? Es sind wenige Zeilen, die sich die Strafverfolgungsbehörde 14 Monate nach einer Razzia mit fast 50 Justizbeamten abringt. Die Staatsanwaltschaft werde voraussichtlich Ende Juli eine Presseerklärung abgeben, heißt es auf Anfrage.

Eine weitere Bombe?

Ende Juli, so viel steht fest, wird es im Stadtrat noch einmal heiß hergehen. Grüne und Schwarze wollen Stadtmarketing den Geldhahn abdrehen; beim Bahnausbau geht es mit einer einwöchigen (!) Erörterung ans Eingemachte; der traditionsreiche Schlachthof steckt in einer brenzigen Lage. Was passiert, wenn in dieser Situation eine weitere Bombe platzt und Anklage gegen den OB oder leitende Mitarbeiter erhoben wird?

Für die Bamberger SPD ist das mehrfache Hinusschieben einer Abschlussverfügung ein Indiz, dass eher das Gegenteil passieren wird. „Wenn es so einfach wäre, den Sachverhalt aufzuklären, wäre es schon passiert“, sagt Heinz Kantik. Der Fraktionschef der SPD, selbst lange Zeit Justizbeamter, legt Wert darauf, dass er nicht zweifelt, dass im Rathaus rechtswidrig gehandelt wurde. Doch die strafrechtliche Bewertung steht für ihn auf einem anderen Blatt: „Je länger es dauert, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass nichts rauskommt.“

Ist aus der Tatsache, dass die Ermittlungen nun bereits über ein Jahr in Anspruch nehmen, eine Entlastung für den OB herauszulesen? Die CSU zieht einen anderen Schluss: Angesichts vier Beschuldigter, einer Vielzahl von Fällen, der Verstöße im Beamten- und Tarifrecht und der hohen Brisanz einer möglichen Verwicklung des OB sei klar, dass jedes Detail mit höchster Genauigkeit geprüft werde. Eine Prognose, was die Staatsanwälte am Ende entscheiden könnten, wagt CSU-Fraktionschef Peter Neller wohlweislich nicht. Sicher sei aber, dass die CSU selbst im Falle einer Anklage gegen den OB keinen schnellen Rücktritt fordern werde: „Es gilt die Unschuldsvermutung bis zu einem Urteil.“

Ein Grund für die Dauer der Ermitt-



Noch immer ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Bambergs OB Andreas Starke (SPD) wegen des Verdachts der Untreue.

Foto: Ronald Rindl



Kistenweise Unterlagen: Pfingsten 2021 kam es zu einer Razzia in mehreren Bamberger Amtergebäuden.

Foto: Newsh

lungen liegt auf der Hand: Für die Strafverfolger genügt es nicht, festzustellen, dass widerrechtliche Sonderzahlungen geflossen sind. Sie müssen durch Unterschriften oder Zeugnisaussagen belegen, wer die vorgeworfene Untreue zu verantworten hat, ob sie vorsätzlich erfolgte und welcher Schaden im einzelnen Fall dadurch ausgelöst wurde. Dafür wurden Kisten voller Unterlagen aus dem Rathaus herausgeschleppt und eine Hundertschaft an Zeugen vernommen.

Heinz Kantik hat starke Zweifel, dass es gelingt, einen Schaden im strafrechtlichen Sinne nachzuweisen. „Es wurde ja tatsächlich dafür auch eine Leistung erbracht, das heißt gearbeitet.“

Spielregeln im öffentlichen Dienst

Keine Leistung ohne Gegenleistung? Bei der CSU stößt die immer wieder von der Stadt vorgebrachte These auf Widerspruch. Peter Neller spricht davon, dass es nicht darum geht, ob Leistungen wirklich erbracht wurden, sondern ob die Gelder zu Recht ausbezahlt wurden. „Im

öffentlichen Dienst müssen Spielregeln beachtet werden.“

Was selbstverständlich klingt, ist es aber nicht, wie sich auch in Deutschland immer wieder zeigt. Auch in Bamberg hat der Prüfungsverband bereits 2013 die Beachtung der einschlägigen Regeln gefordert. Passiert ist nichts. Hört man den Erlanger Verwaltungsrechtler Max-Emanuel Geis, sind Transparenz und verlässliche Regeln in der öffentlichen Verwaltung wichtige Grundpfeiler der Rechtsstaatlichkeit. „Sie dienen dazu, den Verdacht der Korruption und Vetternwirtschaft zu bekämpfen.“

Der politische Flurschaden der Boni-Affäre ist immer noch zu spüren. Und er belastet auch die Grünen, die lange Zeit mit OB Starke kooperiert hatten und ihr weiteres Vorgehen nun in einer Mitgliederversammlung festlegen wollen, sobald Hof gesprochen hat. Bamberg habe viele wichtige Themen, die die volle Kraft beanspruchen, sagt Bürgermeister Jonas Glösenkamp: „Deshalb ist ein zügiger Abschluss der Sache sehr wichtig.“